Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: bis 22 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil 14 R.-Pf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1.10 R.-M. Rabatt nach Staffel B. Anzeigenpreisliste Nr. 2. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 R.-Pf. ausschl. Porto. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,44 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361—9366
Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 129 / 42. Jahrgang — Mit der Beilage „Technische Umschau" — Donnerstag, 7. Juni 1934

Erregte Szenen in Genf

Henderson droht mit Rücktritt — Weitere Milliarden für Frankreichs Rüstung — Knox fügt sich der Emigrantenhetze

Hendersons Vorschlag

Brüske Ablehnung durch Barthou

DNB. Genf, 6. Juni

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat dem Präsidium und durch dieses dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz folgende Entschließung zur Beschlußfassung vorgelegt.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz

begrüßt mit Befriedigung den von den verschiedensten Seiten deutlich ausgesprochenen Wunsch, die Konferenz ihre Arbeiten fortsetzen zu sehen mit dem Ziel, zu einem Abkommen zu gelangen;

beschließt, daß der Vorschlag Sowjetrußlands, die Konferenz in eine dauernde Friedenskonferenz umzuwandeln, einer Prüfung der Regierungen unterworfen werden muß, ehe er Gegenstand der Beratungen bildet;

ist der Meinung, daß der Vorschlag, gegenseitige Hilfeleistungspakte abzuschließen, in erster Linie zwischen den Regierungen verhandelt wird, die unmittelbar daran interessiert sind. Die Ergebnisse müßten dann dem Präsidenten der Konferenz mitgeteilt werden;

teilt die Ansichten der türkischen Abordnung, wonach es angezeigt sein würde, die Teilnahme aller interessierten Regierungen an diesen Besprechungen zu sichern;

beschließt, daß die Durchführungsbürgschaften für ein künftiges Abkommen, wie es in dem ersten Paragraphen des Vorschlages enthalten ist, der durch die sechs Abordnungen unterbreitet wurde, dem besonderen Ausschuß, der sich unter dem Vorsitz von Bourquin schon mit den allgemeinen Bestimmungen des Abkommens befaßt hat, überlassen werden soll;

stellt fest, daß die Ansichten, wie sie durch die Regierungen Frankreichs, Italiens, Englands und Deutschlands in ihren Noten vom 1. Januar, vom 4. Januar, vom 29. Januar und vom 16. April 1934 ausgedrückt werden, eine gewisse Möglichkeit bieten, zu einer Verständigung zu gelangen;

bittet das Präsidium, mit allen Mitteln, die es für angemessen halten sollte, und mit der Unterstützung einer andern Macht oder andrer Mächte, die zur Teilnahme an seinen Arbeiten einzuladen es für notwendig oder nützlich halten sollte, den Ausgleich der Gegensätze zu versuchen, die noch in den obenerwähnten Noten bestehen;

entscheidet im Hinblick auf alle andern Fragen, die im Hauptausschuß, — und zwar in den Sitzungen vom 29. und 30. Mai und am 1. Juni 1934 —, vorgebracht worden sind, den Hauptausschuß mit allen Abrüstungsfragen en bloc zu befassen und die politische Kommission mit allen Sicherheitsfragen, indem man es ihnen überläßt, diese Fragen in Uebereinstimmung zu bringen und sie zu prüfen

oder prüfen zu lassen durch dafür geeignete Körperschaften, die zu diesem Zwecke gegründet werden sollen, sobald irgendeine Möglichkeit sich zeigt, zu nützlichen Ergebnissen zu gelangen;

ist dennoch der Meinung, daß zum Zwecke einer erfolgversprechenden Behandlung dieser Frage durch die genannten Kommissionen eine politische Vorbereitung im voraus notwendig ist, und daß eine verfrühte Prüfung unweigerlich dieselben Schwierigkeiten entstehen lassen würde, die man schon in der Vergangenheit angetroffen hat;

bittet daher den Präsidenten, die Arbeit und Vorbereitungen fortzusetzen, und bevollmächtigt ihn, das Studium der die Abrüstung oder die Sicherheit betreffenden Fragen in Angriff zu nehmen, sobald im Hinblick auf die politischen Fragen genügende Fortschritte erreicht sind.

Die Debatte

Auf Anregung des polnischen Außenministers Beck wurden die Absätze 6 und 7 des Entschließungsentwurfes Hendersons gestrichen. Der polnische Antrag erfolgte nicht aus politischen Erwägungen, sondern ging davon aus, daß Polen an den Sonderbesprechungen der großen Mächte nicht beteiligt gewesen sei.

Nach Beck sprach Barthou. Er stellte die Sicherheitsfrage wieder in den Mittelpunkt,

ferner lehnte Barthou den wesentlichsten Teil des Antrages Hendersons ab.

Insbesondere lehnte er den Vorschlag, dem Präsidium besondere Vollmachten zur Lösung der Abrüstungskrise zu erteilen, ab. Was jetzt vorgeschlagen werde, sei genau das Gegenteil dessen, was man im Hauptausschuß beschlossen habe.

Eine dramatische Debatte

Mit dramatischer Wucht entluden sich gestern in der Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz die Gegensätze. Henderson legte eine Entschließung vor, die wir an andrer Stelle im Wortlaut wiedergeben. Nur so tritt der Charakter dieses ausgesprochenen Verlegenheitskompromisses klar hervor.

Der langen und schwerfälligen Rede kurzer Sinn ist der, daß Henderson die vollkommene Unfähigkeit der Konferenz offen eingesteht, als solche weiterzuarbeiten, und daß von ihm infolgedessen die direkten Verhandlungen wieder in den Vordergrund geschoben werden.

Aber selbst dieser letzte Vermittlungsversuch wurde von Barthou als viel zu weitgehend brüsk abgelehnt. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen Henderson und Barthou. Der französische Außenminister stellte erneut den sogenannten „Sicherheitsgedanken" in den Vordergrund. Er lehnte auch jede Mitwirkung an einem Versuch ab, Deutschland wieder auf die Abrüstungskonferenz zurückzubringen und zweifelte schließlich die Unparteilichkeit des Präsidenten an.

Henderson gab ihm selbstverständlich eine erregte Antwort und drohte mit seinem Rücktritt. Im Laufe der weiteren Sitzungen wurden diese Gegensätze noch einmal vorläufig ausgeglichen.

Es kam aber zu keiner Entscheidung. Die für heute einberufene Sitzung des Hauptausschusses findet nicht statt. Statt dessen tagt wieder das Präsidium. Heute morgen schießen die schweren Geschütze der englischen und französischen Presse aufeinander.

Die politischen Fronten treten in Genf immer plastischer hervor. Auf der einen Seite steht, herausfordernd und brutal zustoßend, die französische Partei: Frankreich, Rußland, die Kleine Entente, die Balkanstaaten und die Türkei — wie man sieht, eine sehr gemischte Gesellschaft. Auf der andern Seite steht, vorsichtig lavierend und mit größter Beherrschung allerlei Herausforderung ertragend, England — einen Schritt weiter zurück Amerika und noch weiter im Hintergrund Italien, das sich wegen seiner guten Wirtschaftsbeziehungen nicht gern mit Rußland in einen allzuscharfen Gegensatz bringen will.

Im ganzen ist die Situation völlig hoffnungslos. Wenn es nach französischem Wunsch geht, wird nunmehr in den nächsten Monaten ein endloses Gerede über Sicherheit beginnen. Obwohl diese Sicherheit längst in zahllosen Pakten und Deklarationen immer und immer wieder befestigt worden ist, während auf dem Gebiete der Abrüstung noch nicht das geringste geschah. Aber die Sicherheitsparole ist ja für Frankreich lediglich die Nebelwand, hinter der es ein neues System der Bündnisse im alten Vorkriegsstil gegen Deutschland aufrichten will.

„Bündnis-System gegen Deutschland"

Die „Times" über das wahre Gesicht der französischen „Sicherheits"-Politik

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 6. Juni

Die englische Presse gibt sich keine Mühe mehr, den jetzt völlig offenbar gewordenen Konflikt zwischen England und Frankreich auch nur noch im geringsten zu vertuschen. Man läßt auch keinen Zweifel darüber, daß man

den französischen Außenminister Barthou als den Hauptschuldigen

für diese Entwicklung der Dinge ansieht. Mit einmütiger Geschlossenheit steht die englische Presse heute hinter Henderson. In allen Ueberschriften wird

Hendersons Drohung, zurückzutreten,

hervorgehoben und Barthous gestriger Rückzieher, der mit den Worten schloß: „Sie müssen Präsident der Konferenz bleiben. Sie müssen auf Ihrem Posten ausharren", macht auf die englische Morgenpresse keinen großen Eindruck. Er bereit auch nach englischer Ansicht Barthou nicht von dem Vorwurf, diese bedauerliche Situation hervorgerufen zu haben. „Es ist jetzt völlig klar, daß Barthou nichts andres als Bündnisse wünscht", schreibt der „News Chronicle", und die „Times" unterstreichen diese Ansicht noch durch den Satz: „Frankreich und Rußland, die das Wort Sicherheit zuerst zu ihrem Motto gewählt haben, beabsichtigen,

ein System von Defensivbündnissen gegen Deutschland zu schaffen.

Sie nennen dieses System Sicherheit und suchen dafür auch noch die Sanktionen des Völkerbundes zu erlangen." Gerade nachdem Eden noch einmal mit aller Deutlichkeit Englands Standpunkt klargelegt hatte, daß Deutschland unbedingt zu einer Abrüstungskonvention herangezogen und alles getan werden müsse, Deutschland wieder nach Genf zurückzubringen, empfindet man Barthous Weigerung, irgendwie an dieser Politik mitzuarbeiten, als besonders schwerwiegend und als einen klaren Beweis dafür, daß sich

wohl kaum noch eine Einigung über die englisch-französischen Differenzen erzielen läßt.

Daß England bereit war, Frankreich entgegenzukommen, zeigt eine Bemerkung des Genfer „Times"-Korrespondenten, in der es heißt, vielleicht wissen die französischen Delegierten nicht, daß die britische Delegation Anweisung hatte, die es ihr erlaubte, praktische Sicherheitsgarantien ohne eine vorhergehende Verständigung über die Abrüstung zu diskutieren, wenn Deutschland anwesend gewesen wäre. Die französische Annäherung an Rußland liege völlig in der Richtung der Politik, die in der Note vom 17. April ihren Niederschlag gefunden habe. Seitdem aber das Saarabkommen erreicht sei, sei die Notwendigkeit für eine solche Politik Frankreichs nicht mehr klar. Der Korrespondent erinnert noch einmal an Hitlers bekanntes Wort, daß der letzte Stein des Anstoßes zwischen Frankreich und Deutschland die Saarfrage sei, und schreibt dann weiter, Litwinow verzehre sich keineswegs für die Interessen Frankreichs.

Die Sowjets wünschen einen französischen Wächter, und einen möglichst willigen Wächter für ihre europäische Hintertür, damit sie sich dann dem Fernen Osten zuwenden können.

Das sei auch der Grund, warum die kommunistische Propaganda in der französischen Armee aufgehört habe, seitdem Barthou und Litwinow sich über den Plan einer gegenseitigen Hilfeleistung einig geworden seien.

Auch er sei dafür, daß Deutschland wieder in die Konferenz zurückkehre, aber er sei dagegen, daß man es ausdrücklich zurückhole. Es müsse mit dem gleichen freien Willen zurückkehren, mit dem es die Konferenz verlassen habe. Henderson erwiderte dem französischen Außenminister sofort in ungewöhnlicher scharfer Weise, wobei er sich mit lebhaften Gesten immer wieder gegen Barthou wandte und

schließlich mit seinem Rücktritt drohte.

Wenn die Franzosen seinen Plan zunichte machten, ohne einen besseren vorzuschlagen, so müsse er die Folgerungen daraus ziehen. Er habe für morgen den Hauptausschuß einberufen und wisse nicht, wie dieser weiterarbeiten solle, wenn keine Arbeitsgrundlage vorhanden sei. Henderson deutete weiter an, daß er in diesem Falle Frankreich die Schuld am Scheitern der Konferenz zuschieben würde. Wie weiter verlautet, war es kurz vorher noch zu einer lebhaften

Auseinandersetzung zwischen Barthou und dem Spanier Madariaga

gekommen, der den Franzosen durch einen Zuruf unterbrochen hatte. Schließlich einigte man sich auf vorläufige Verschiebung der Tagung des Hauptausschusses. Heute wird zunächst wieder das Präsidium zusammentreten.

Randbemerkungen

Unnötige Fürsprache

In Genf ist wieder einmal die Internationale Arbeitskonferenz zusammengetreten. Zum erstenmal seit ihrem Bestehen beteiligt sich Deutschland nicht daran. Man entsinnt sich, daß im vorigen Jahre die deutsche Delegation unter der Führung Dr. Leys allerlei Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt war, so daß sie dann darauf verzichtete, weiter an den Verhandlungen teilzunehmen. Das konnte um so leichter geschehen, als die Teilnahme an diesen Genfer Unterhaltungen ja doch kaum einmal irgendein praktisches Ergebnis gezeitigt hat. Nicht anders wird es auch bei der jetzigen Tagung sein. Als wichtigster Punkt steht diesmal auf der Tagesordnung der Vorschlag, in allen Ländern die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabzusetzen. Eine schöne Theorie, der sicherlich niemals die Praxis folgen wird. Und mit theoretischem Gerede kommt man in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht weiter. Wie es gemacht werden muß, das zeigt vor allem Deutschland, dem es wie keinem andern Lande gelungen ist, die Zahl der Arbeitslosen ganz gewaltig herabzusetzen. Man würde auf der Arbeitskonferenz also am besten tun, sich recht eifrig über das deutsche Vorbild zu unterhalten. Statt dessen versucht man aber auch diesmal wieder, gegen Deutschland zu hetzen. Das geschieht natürlich unter der Führung der Marxisten, die ja auf der Konferenz bestimmenden Einfluß haben. So hat sich der Führer der französischen marxistischen Gewerkschaften, Herr Jouhaux, bemüßigt gefühlt, eine Entschließung einzubringen, die „Freiheit" für die Arbeiter des Saargebiets fordert. Ob er nicht selbst merkt, wie lächerlich er sich damit macht? Denn das ist doch nunmehr allmählich überall bekanntgeworden, daß die Rechte der Arbeiterschaft im nationalsozialistischen Deutschland unvergleichlich besser gewahrt werden als in allen übrigen Ländern, und die „Deutsche Gewerkschaftsfront" an der Saar, welche die große Masse der Saararbeiter erfaßt, läßt auch gar keinen Zweifel daran, daß sie ebenso wie alle andern Saardeutschen sehnsüchtig auf die Rückkehr ins Reich wartet.

Das geht auch aus einer gestern veröffentlichten Erklärung des Führers der „Deutschen Gewerkschaftsfront" gegen Machenschaften des Herrn Imbusch (des früheren Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes) und eines Herrn Pick hervor, die sie „zugunsten" der Saararbeiter auf dem Kongreß des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften in Montreux unternehmen. Unmißverständlich heißt es in dieser Erklärung: „Alle Fragen der Arbeitnehmer des Saargebiets werden mit den zuständigen Instanzen im Reiche geregelt werden, sofern es überhaupt noch etwas zu regeln gibt." Die Saararbeiter danken also bestens für diese sonderbare Fürsprache in Genf und Montreux.

Schutz vor Berufsverbrechern

Der nationalsozialistische Staat verfolgt auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens den Grundsatz, Gesundes zu schützen und zu pflegen, Schäden und Schädlinge dagegen rücksichtslos zu beseitigen. In der Kriminalistik schuf er das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher.

Der preußische Ministerpräsident hat darüber hinaus für die Bekämpfung des Berufsverbrechertums neue Wege gewiesen, die an Stelle des Verfolgungsprinzips den Verhütungsgedanken setzen und den Anfang einer prophylaktischen Strafrechtspflege bedeuten. Der Erfolg, der damit erzielt worden ist, erscheint sehr beachtenswert. In erster Linie gehört zu diesen Maßnahmen die polizeiliche Vorbeugungshaft. Wie Regierungsrat Liebermann v. Sonnenberg unlängst in einem Vortrag vor Polizeibeamten mitteilte, sind bisher in Preußen 300 Berufsverbrecher zur Vorbeugungshaft in ein Konzentrationslager gebracht worden. Die ersten 100 von ihnen repräsentierten zusammen 775 Jahre Zuchthaus und 840 Jahre Gefängnis. Die Wirkung hat sich sehr schnell gezeigt: nach den übereinstimmenden Berichten der Kriminalpolizeistellen sind die Einbruchsdiebstähle, insbesondere die schweren Delikte, außerordentlich zurückgegangen. Man hat festgestellt, daß zahlreiche Berufsverbrecher aus Furcht vor der Vorbeugungshaft sich zum erstenmal in ihrem Leben einen ehrlichen Beruf gesucht haben. Auch ist es gelungen, die Solidarität der Verbrecherwelt völlig zu durchbrechen, denn unter den veränderten Umständen war schließlich jeder sich selbst der Nächste. Bewaffneter Widerstand von Berufsverbrechern kommt heute kaum noch vor, man kann wirklich wieder von „öffentlicher Sicherheit" sprechen.

Auch bei der Ueberwachung der Berufsverbrecher ist man neue Wege gegangen, die sich sehr wirk-